

3210 Kerzers, Pfisters Reben 19

Kerzers, 10. November 2010

An die lokalen und regionalen Medien

MEDIENMITTEILUNG

NEIN zur SP-Initiative – NEIN zur Ausschaffungsinitiative, JA zum Gegenvorschlag

Am 28. November 2010 befindet die Bevölkerung über zwei exemplarisch verantwortungslose Populismus-Initiativen der Pol-Parteien SP und SVP. Eine gute Gelegenheit, den Brandstiftern links und rechts zu zeigen, wer zum Schweizer Erfolgsmodell tatsächlich Sorge trägt. Die FDP.Die Liberalen des Seebezirks will eine finanziell und gesellschaftlich gesunde Schweiz und lehnt beide extremistischen Initiativen ab. Sie unterstützt den Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative.

NEIN zur Wohlstandsvernichtung à la SP

Mit ihrer zutiefst unsozialen sogenannten „Steuergerechtigkeitsinitiative“ will die SP den heute bereits eingeschränkten Steuerwettbewerb vollständig beseitigen. Genau dieser Wettbewerb sorgt aber erfolgreich dafür, dass die **Steuerbelastung in der Schweiz gegenüber dem Ausland tief** ist. Und dies **trotz ausgebautem Sozialsystem, guter Infrastruktur und tiefer Staatsverschuldung**. Ein Blick ins europäische Ausland macht die Unterschiede deutlich.

Die SP weiss das alles natürlich bestens. Sie lügt das Volk blank an, wenn sie behauptet, mit ihrer Initiative würden nur die „Superreichen“ stärker zur Kasse gebeten. Denn aufgrund der Progression der Steuersätze wird gerade auch der Mittelstand mehr Steuern bezahlen müssen. Aber selbst wenn nur die „Superreichen“ höher besteuert werden sollten, würde dies zu einer **Mehrbelastung für den Mittelstand** führen: Die Reichen würden nämlich ganz einfach ihr Steuerdomizil verlegen und die Schweiz würde gleich doppelt verlieren. Einen zielsichereren Weg, den Schweizer Wohlstand und die Schweizer Sozialsysteme zu zerstören, gibt es nicht. Ausgerechnet die SP-Klientel wird von ihren Cüpli-Vorsitzenden in übelster Klassenkampf-Manier geopfert.

Im **Kanton Freiburg** müssten die 12 steuergünstigsten Gemeinde, darunter Haut- und Bas-Vully, Greng, Meyriez, Muntelier, Kleinbösing und Büchslen, ihre Steuern erhöhen. Unserem Kanton wäre es zudem inskünftig verwehrt, weitere Steuersenkungen vorzunehmen. Es graut einem, wenn man sich vorstellt, was die Sozialisten mit den im wahren Wortsinne überflüssigen Steuereinnahmen anstellen möchten. Steuern senken war nämlich noch nie Gegenstand des SP-Programms.

Warum, um alles in der Welt, sollte die Schweiz ihr erfolgreiches Steuermodell aufgeben, das ihr tiefe Sätze, geringe Staatsverschuldung, gesunde Staatsfinanzen und einen sozialen Wohlfahrtsstaat ermöglicht hat? Es braucht schon viel **politische Unverfrorenheit und intellektuelle Unehrlichkeit**, diesen Erfolg kaputt zu machen. Die FDP See empfiehlt der Bevölkerung dringend, diesen wüsten SP-Zauber mit einem klaren NEIN zu quittieren.

Nein zu falschen SVP-Schalmeienklängen – JA zum wirksamen Gegenvorschlag

Die SVP schlägt erneut etwas **völlig Unbrauchbares** vor. Statt das Problem der kriminellen Ausländer einer umsetzbaren Lösung zuzuführen, rennt sie mit dem Kopf gegen die Wand. Ihr Deliktskatalog, der zur automatischen Ausweisung führen soll, ist lückenhaft. Auf die Schwere der Straftat im Einzelfall soll es nicht ankommen. Ein automatischer Entzug des Niederlassungsrechts und eine Ausweisung ohne Prüfung des Einzelfalles verstossen **gegen unsere eigene Verfassung**, gegen die Menschenrechtskonvention und das Personenfreizügigkeitsabkommen und somit gegen die bilateralen Verträge. Die Lösung der SVP lautet also: Wenn in Schwierigkeiten, beseitigen wir den Rechtsstaat. Es ist schleierhaft, wie die SVP behaupten kann, damit unsere Eidgenossenschaft sicherer zu machen.

Wer das Problem der kriminellen Ausländer wirklich angehen will, der muss dafür sorgen, dass seine Lösung auch umgesetzt werden kann. Der Gegenentwurf des Parlaments tut genau das. Er macht den Widerruf der Niederlassungsbewilligung und die Ausschaffung von der **Schwere der Verurteilung** abhängig. Er bezieht dabei nicht nur Gewaltstraftaten ein, sondern etwa auch Betrugsdelikte im Bereich Sozialhilfe, Sozialversicherungen, Steuern und Abgaben, und erfasst auch Wiederholungstäter. Damit eine Wegweisung in einem solchen Fall auch in der Realität vollzogen werden kann, muss sie **Verfassung und Völkerrecht beachten**. Beide lassen genügend Raum, die Sicherheit gefährdende Ausländer auszuschaffen.

Die Schweiz ist stark genug, dass sie mit kriminellen Ausländern zu Rande kommt, ohne gleich den Rechtsstaat zu verabschieden. Gerade Letzteres zeigt die **armselige und schwächliche Haltung der SVP** gegenüber dem ernst zu nehmenden Problem krimineller Ausländer. Die Initiative der SVP verdient deshalb ein klares NEIN und der Gegenentwurf ein eindeutiges JA. Wichtig: In der unbedingt auszufüllenden **Zusatzfrage** ist dem Gegenentwurf der Vorzug zu geben.

Für weitere Informationen:

Silvan Jampen, Präsident FDP.Die Liberalen des Seebezirks, Tel. 079 290 24 43